

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 24

Artikel: Kaum ein Wahlsieger zu erwarten
Autor: Mati, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092817>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ljubomir Matic zu den Sozialisten und den Radikalen in Serbien

Kaum ein Wahlsieger zu erwarten

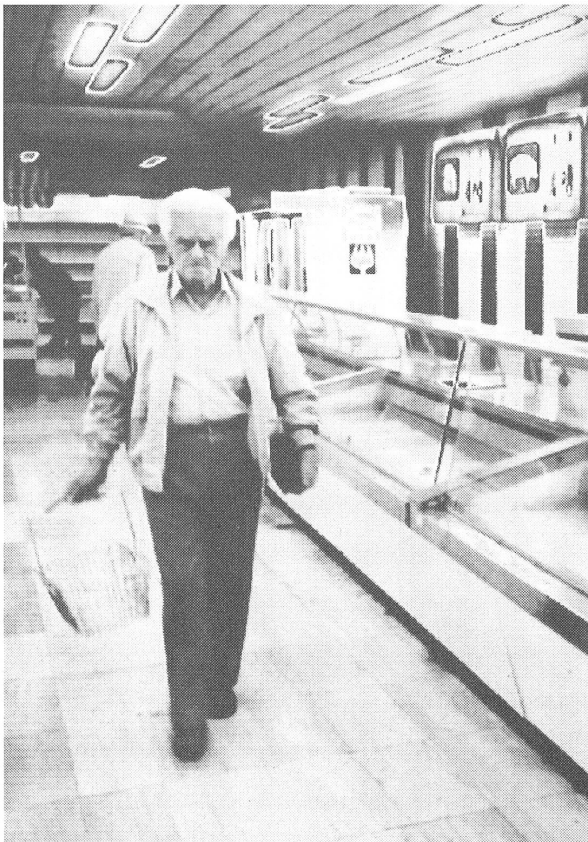
Im letzten «zeitbild» hat unser Belgrader Korrespondent die Hintergründe der vorgezogenen Neuwahlen in Serbien beleuchtet und damit das Verhältnis zwischen den regierenden Sozialisten und den Radikalen analysiert. In diesem Teil geht er auf die heutige Lage im Vorfeld der Wahlen vom Dezember ein.

Ein Konflikt zwischen Sozialisten und Radikalen hat den Anfang der Kampagne für die vorgezogenen Neuwahlen vom 19. Dezember in Serbien eingeläutet. Nachdem der Radikalführer Vojislav Sešelj von den Sozialisten persönlich als «Faschist» und «Kriegsverbrecher» bezeichnet wurde, erlebte er jetzt die Inhaftierung von einigen Dutzend Mitgliedern und Funktionären seiner Partei.

Die Sozialisten bezeichnen ihren einstigen Koalitionspartner als «Faschisten» und «Kriegsverbrecher».

«Die Zeit ist gekommen, den Hauptmafioso in Serbien zu entlarven, dessen Name Slobodan Milošević ist.»

Jahrzehntelange Misswirtschaft und internationale Sanktionen tun ihre Wirkung (Foto: Keystone).



Gegenseitige Beschuldigungen

Schwere Anklagen wurden erhoben: Die Verhafteten hätten Plünderungen begangen und das Volk terrorisiert, und das nicht nur in den Kriegsgebieten Bosnien und Herzegowina, sondern auch in Serbien selbst. Den Anklagen wird eine breite Publizität verliehen, Bilder konfiszierter Waffen und anderes Beweismaterial ausgestrahlt. Sešelj, der bei Ausbruch des Konflikts jede direkte Konfrontation mit Slobodan Milošević vermied, hat jetzt unter dem Druck ebenfalls jede Zurückhaltung abgelegt.

Kürzlich erklärte er an einer Pressekonferenz, dass die Zeit gekommen sei, «den Hauptmafioso in Serbien zu entlarven, dessen Name Slobodan Milošević» sei. Er beschuldigte auch serbische hohe Beamte, in den Krieg in Bosnien-Herzegowina direkt verwickelt zu sein. Auf die Frage eines Journalisten, ob er damit nicht zugunsten ausländischer Dienste agiere, wenn er «Daten über die Teilnahme der Bundesrepublik Jugoslawien am Krieg ausserhalb ihrer Grenzen vertritt», antwortete Sešelj: «Die fremden Abwehrdienste besitzen bereits alle diese Auskünfte von ihren eigenen Leuten, nur die Öffentlichkeit in Serbien ist darüber nicht informiert.»

Isolierte Radikale

Ein solches Verhalten kann noch am ehesten mit Furcht erklärt werden. Die sarkastischen Bemerkungen in der Bevölkerung, wonach Sešelj wohl «ein Visum für Den Haag» ausgestellt werde, das heisst, dass er an das neu geschaffene Gericht für Kriegsverbrechen ausgeliefert werden sollte, muss für Sešelj beängstigend klingen. Aber auch so kann seine Lage nicht gerade als komfortabel bezeichnet werden. Im Gegensatz zu Vuk Drašković, der in seinem Streit mit Milošević Unterstützung aus dem In- und Ausland erhielt, würde sich im Ausland niemand für Sešelj und dessen Politik exponieren, während er im Inland nur mit dem Mitgefühl von Gleichgesinnten rechnen kann.

Mit seinen nationalistischen Parolen und Taten ist er inzwischen für einen

Grossteil der serbischen Öffentlichkeit untragbar geworden. Und es ist dabei kein Trost für ihn, dass viele auch an der Aufrichtigkeit der Sozialisten zweifeln, die es erst jetzt als zweckmässig erachteten, sich vom Faschismus der Radikalen zu distanzieren, nachdem sie immerhin während eines Jahres die guten Dienste derselben Radikalen sich zunutze gemacht hatten.

Deshalb wird, schenkt man den jetzigen Einschätzungen der Lage Glauben, Sešelj seinen letztjährigen Wahlerfolg kaum wiederholen können, als er hinter den Sozialisten die zweitstärkste Kraft im Parlament wurde. «Gleich einem Kometen ist er aus dem Dunkel aufgetaucht, hat geblitzt, um nun alsbald wieder in die Finsternis zu verschwinden», schrieb die Belgrader Tageszeitung «Borba», vielleicht etwas voreilig, über ihn. Ob Sešelj tatsächlich so schnell und gänzlich verschwinden wird, hängt von den Massnahmen ab, die die Belgrader Behörden wegen der Anschuldigungen der Sozialisten gegen ihn ergreifen könnten.

Uneinige Opposition . . .

Sešeljs Kaltstellung ist auch der einzige Unterschied zwischen den vorjährigen und den bevorstehenden Wahlen. Alles andere wickelt sich schablonenmässig ab. Fast alle Oppositionsparteien hatten angekündigt, dass sie nicht an den Wahlen teilnehmen würden, wenn sich die Bedingungen nicht änderten. Und das bezieht sich vor allem auf ihre Forderung nach mehr Sendezeit im staatlichen Fernsehen.

Solche Bemühungen sind allerdings inzwischen vergeblich. Unabhängig davon, wieviel Zeit das Fernsehen den einzelnen Oppositionsparteien und deren Kandidaten zur Verfügung stellt, der mögliche Einfluss wird im Laufe aller übrigen Sendungen wieder wettgemacht. Wie bei früheren Wahlen auch, wird die Wirkung auf simpelste Weise erzielt: Da die Macht bei den Sozialisten liegt, werden einfach «nichtpolitische Nachrichten» und «nichtpolitische Kommentare» über deren Erfolge ausgestrahlt. Und das ist die beste Methode des Stimmengangs für die Sozialisten.

... aber auch chancenlos

Die Meldung, wonach es trotz internationaler Sanktionen um die eine oder andere Fabrik bestens bestellt sei, die amtliche Mitteilung, dass die Pensionsbeiträge erhöht würden, oder das Versprechen, auch in diesem Winter die Heizung zu garantieren — bis hin zum Besuch des griechischen Außenministers Papulias in Belgrad —, stehen alle im Dienste der Wahlpropaganda zugunsten der Sozialisten. Wie weit dieses Treiben geht, zeigt folgendes Beispiel: Während die Bundesbehörde internationale Stellen um die Bewilligung zur Einfuhr russischen Erdgases für die städtischen Fernheizungen mit der Begründung ersucht, dass sonst eine Katastrophe drohe, verkündet gleichzeitig die serbische Verwaltung, dass genügend Heizmaterial vorhanden sei, um damit ein gutes «Vorwahlklima» zu schaffen. Damit aber macht sie auch alle Bundesbegehren zunichte.

Sich dieser Situation bewusst, hat sich ein Teil der Opposition nun doch zur Teilnahme an den Wahlen entschlossen. Diese Alternative ist für sie immerhin besser als ein Boykott, der die Legitimität der Wahl nur dann hätte annullieren können, wenn alle Oppositionsparteien ihn mittragen würden. So uneins wie diese Opposition aber untereinander ist, hätten die Parteien diese Voraussetzung wohl kaum erfüllen können. So werden denn zumindest einige unter ihnen nach den Wahlen auch im Parlament sitzen. Und das ist auch die einzige Möglichkeit, auf der politischen Bühne in Erscheinung zu treten.

Wahlboykott im Kosovo

Wie bei allen früheren Wahlen werden die albanischen Parteien aus dem Kosovo sich auch diesmal nicht beteiligen und die albanische Bevölkerung nicht zur Urne gehen. Dies mit der Begründung, der Kosovo solle als Republik anerkannt werden, eine Teilnahme an den Wahlen gälte also als Eingeständnis, dass Kosovo ein Teil Serbiens sei. Im kosovo-albanischen Umfeld ist dieser Boykott sehr leicht durchzusetzen in der Hoffnung, dass das Ausland nun doch endlich die Loslösung von Serbien anerkennen würde.

Dass dabei auch Druck auf die Bevölkerung ausgeübt wird, kann man den Ausführungen des Kosovo-Politikers Shkëlzen Malliqi entnehmen, wonach die Albaner, sollten sie sich an der Wahl beteiligen, die Sozialisten zu Fall bringen würden. Das wurde prompt von den Medien im Kosovo dahingehend interpretiert, dass er gerade damit die Albaner zur Teilnahme an den Wahlen aufgerufen habe. Demgegenüber meinte



Wer sich Benzin nicht mehr leisten kann, behilft sich anders – mit einem PS (Foto: Keystone).

Das staatliche Fernsehen sorgt für die richtige Vorwahlstimmung zugunsten der Sozialisten.

Würde sich der Kosovo an der Wahl beteiligen, wäre dies ein Bekenntnis zur Zugehörigkeit zu Serbien.

Mahmut Bakalli, ein früherer hoher Beamter zu Titos Zeiten im Kosovo: «Diese Wahlen wurden nicht zur Demokratisierung Serbiens ausgeschrieben, sondern im Gegenteil, um eine Macht zu festigen. Ich zweifle daran, dass unsere Teilnahme besagte Demokratisierung zu unterstützen vermöchte, weil Milošević einen Augenblick gewählt hat, in dem die serbische Opposition ganz und gar uneins ist. Diese Opposition, so wie sie ist, hat zu keinem Thema eine gemeinsame Plattform, auch nicht über den Kosovo.» Auch wenn Bakalli damit nur versucht, die wahren Gründe für den Wahlboykott zu tarnen, so muss doch konstatiert werden, dass er recht hat mit seiner Aussage über die serbische Opposition und deren Unfähigkeit, den Dialog mit den politischen Parteien im Kosovo aufzunehmen.

Doch keine Wahlen?

Betreffend die übrige Bevölkerung Serbiens zeigen Meinungsumfragen, dass die Wahlabstinenz immerhin über 30 Prozent betragen könnte. 50 Prozent der zum Urnengang Entschlossenen schwanken über die Partei, der sie ihre Stimme geben wollen, weniger als 30 Prozent haben sich für die Sozialisten, 20 Prozent für die Opposition entschieden.

Und es sei schliesslich noch beigefügt, dass in Belgrad Voraussagen zu hören sind, wonach die Wahlen gar nicht stattfinden werden. Bei solchen Prognosen wird dann meistens von der Annahme ausgegangen, dass die Sozialisten nicht

mit einem Wahlerfolg rechnen können und deshalb noch vor den Wahlen zu einem weiteren Trick greifen werden. Welchen, ist leicht zu erraten — ausser wenn Sešelj nicht doch besser informiert ist: Es solle vielleicht noch vor den Wahlen der Ausnahmezustand ausgerufen werden. Was allerdings von den Sozialisten energisch bestritten wird. ■